

TROTTOIR

Die 5516 Briefe der Lucy R.

Hoppla, da hat ihm also Frau Brönnimann im ferneren Bern ein bisschen die Kutteln geputzt. Zengermax wird nachdenklich. Hat er mit seiner schüchternen Saint-Exupéry-Schelte vom Mittwoch, ganz ohne es zu wollen, Teile der Leserschaft vertäubt? Muss er nun mit bösen Briefen rechnen? Falls dem so wäre, wünschte er sich eine Briefträgerin aus Hampshire. Nicht irgendeine Briefträgerin aus Hampshire, meint er, sondern die 21-jährige Lucy R., von der es neu-



lich in der britischen Presse geheissen hat, sie habe 5516 Briefe und Pakete nicht ausgeliefert. Die junge Frau, die seit März bei der Royal Mail arbeitete, konnte nämlich nicht so gut lesen. Dislexie nennt sich dieses Phänomen, mit dem offenbar immer mehr Erwachsene in der westlichen Welt zu kämpfen haben. Menschen, die davon betroffen sind, kennen zwar die einzelnen Buchstaben, aber sie können wenig damit anfangen. Im konkreten Fall war es so, dass Lucy R. die meisten Adressen der Briefe, die sie zustellen musste, wohl lesen konnte, aber halt nicht so schnell. Deshalb hatte sie jeweils bei Arbeitsschluss immer noch eine Anzahl ungestellter Sendungen in der Tasche. Und weil sie sich nicht traute, den Vorgesetzten von ihrer Schwierigkeit zu berichten, deponierte sie die übrig gebliebenen Briefe einfach in ihrem Schlafzimmer. Ans Licht gekommen ist alles, als die bedauernde Postlerin einmal einen ganzen Sack voller Briefe auf der Strasse stehen liess. Offenbar hatte sie daheim im Schlafzimmer keinen Platz mehr. Jetzt ist Lucy R. entlassen und bestraft worden. Die Royal Mail hat bekannt gegeben, so ein Verhalten sei absolut untolerierbar. Das Gericht hat die Briefhüterin zu einer Geldstrafe und zu 150 Stunden unbezahlter Arbeit im Gemeinwesen verurteilt. Die Briefe wurden nachträglich den Empfängern zugestellt. Die britische Post funktioniert wieder fehlerfrei. Das Problem ist vom Tisch und Zengermax befürchtet das Schlimmste. Nein, nicht dass ihn nun böse Briefe erzürnter Saint-Exupéry-Fans erreichen könnten. Das wäre ihm inzwischen beinahe egal. Zengermax befürchtet, die traurige Verzweiflung, die Lucy R. zu ihrem unkonventionellen Verhalten getrieben hat, sei verbreiteter als wir glauben.

Pedro Lenz, Glasgow

KURZ

Geschoss auf Linienbus: Fall bleibt ungeklärt

STADT BERN Wer am letzten Sonntagmorgen auf einen Bus von Bern Mobil der Linie 20 schoss und wie das getan wurde, ist weiterhin ungeklärt. Die Stadtpolizei hat allerdings unterdessen einzelne Zeugen vernahmen können. Sie bittet zwei unbekannte Männer, die beim Wankdorf den beschossenen Bus bestiegen hatten, sich zu melden. Die beiden Männer sind zwischen 20 und 25 Jahre alt, der eine war hellblau, der andere weiss gekleidet. Die Polizei erhofft sich von ihnen wichtige Hinweise. (pid)

Thun - Ajax ohne grössere Probleme

STADT BERN Das Champions-League-Spiel zwischen Thun und Ajax Amsterdam sei nahezu ohne Probleme verlaufen, schreibt die Stadtpolizei Bern. Es sei nur zu einigen «kleinen Scharmützeln» gekommen, die die Fans direkt unter sich geregelt hätten. (pid)

«Ich will einen Zins sehen»

Ein rechtsbürgerliches Abstimmungskomitee wirbt für die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule»

Der Leistungsvertrag, den die Stadt Bern neu mit dem Kulturzentrum Reitschule abgeschlossen hat, genügt den Befürwortern der Initiative nicht.

SUSANNE WENGER

Alle drei waren sie schon einmal in der Reitschule. Dieter Beyeler (sd) an einer Podiumsdiskussion, Simon Glauser (svp) «vor ein paar Wochen an einem kommerziellen Anlass, doch Räumlichkeiten und Umgebung sagen mir nicht zu», Heiz Rub (fdp) manchmal spät abends in der Bar: «Aber ich war dort immer ein Exot», sagte Rub gestern an einer Medienkonferenz des Komitees für die Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule».

Man sei nicht gegen den Kulturbetrieb in der Reitschule, unterstrich Beyeler. Das «breit gefächerte Kulturangebot, welches von den Betreibern mit viel persönlichem Engagement erarbeitet wurde», werde von den Initianten anerkannt, betonte Rub – auch wenn «primär linke und alternative Bevölkerungsschichten» die Reitschule besuchten, wie Glauser einschränkend vermerkte. Der SVP-Stadtrat konnte sich den Ausdruck «grösster Berner Schandfleck» in seinen Ausführungen nicht verneinen. Völlig einig waren sich die drei rechtsbürgerlichen Politiker indes in folgendem Punkt: «Extra-würste» für den Betrieb auf der Schützenmatte liegen nicht drin.

Finanzierungsflüsse im Visier

Die Initiative verlangt, dass die Reitschul-Betreiber der Stadt ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren bezahlen, Steuern, Abgaben und Gebühren entrichten sowie die notwendigen Bewilligungen einholen. All dies wollen die Initianten in der Gemeindeordnung festgeschrieben sehen.



«Verschwommene Grauzone»: Heinz Rub, Simon Glauser und Dieter Beyeler (v. l.) legten ihre Argumente auf den Tisch. ADRIAN MOSER

Für die Gegner der Initiative, zu denen neben den rot-grünen Parteien trotz Rubs Engagement auch die FDP samt Jungfreisinn gehört (siehe Kasten), rennt die Initiative offene Türen ein: Mit dem neu abgeschlossenen Leistungs- und Mietvertrag zwischen Stadt und Reitschule seien die Forderungen punkto Bewilligungen und Abgaben erfüllt. Müsste die Reitschule wie von der Initiative gefordert den Mietzins und die vollen Nebenkosten bezahlen, würde dies den Kulturbetrieb akut gefährden, warnen die Gegner. Heute bezahlt die Stadt den Mietzins und einen Teil der Nebenkosten. Die Reitschul-Regelung entspreche im Übrigen jener der anderen Kulturinstitute wie Stadttheater, Kornhaus und Dampfzentrale. Der Leistungs-

trag genüge den Initianten nicht, widersprach Simon Glauser gestern. Nach wie vor seien die Finanzierungsflüsse in der Reitschule undurchsichtig, es herrsche «Zah-lensalat». Die Einrichtungen neben dem Kulturbetrieb agierten in einer «verschwommenen Grauzone», fügte Dieter Beyeler an.

Reitschule nun «erwachsen»

Genau in diesem kommerziellen Bereich – Restaurant, Bar, Disco, Druckerei – werde viel Geld verdient, sagte Rub. Dies finde er ja toll, doch es beweise auch, dass die Reitschule «erwachsen geworden» sei und Mietzins bezahlen könne: «Ich will einen Zins sehen.» Andere Mieter stadteigener Betriebe hätten schliesslich auch Miete zu entrichten. Rub meinte damit sich sel-

ber: Er ist Wirt des Restaurants Marzili-Beach. Es sei der Stadt unbenommen, dann trotzdem noch den Kulturbetrieb in der Reitschule zu subventionieren, regte der FDP-Stadtrat an. Also gefährde die Initiative das Kulturzentrum nicht. Sie sei auch keine Zwängerei, fügte Glauser an. Erst die Festschreibung klarer Regeln ermögliche die Kontrolle des Reitschule-Betriebs, der «im Bereich Sicherheit, Drogenhandel und -konsum noch heute grosse Defizite» aufweise.

Das Komitee will die Stimmbürgerschaft mit Flugblättern und Standaktionen davon überzeugen, am 27. November Ja zu stimmen. Urnengänge zur Reitschule gab es in Bern schon mehrere, letztmals stellte sich das Volk vor fünf Jahren hinter das Kulturzentrum.

Abweichler Rub

FDP-Stadtrat Heinz Rub, der im Komitee für die Reitschule-Initiative mitmacht, weicht von der offiziellen Parteilinie ab. Die FDP fasste kürzlich die Nein-Parole – «im stillen Kämmerlein durch die Parteileitung», wie Rub sagt. Aus Gesprächen will er wissen, dass viele Freisinnige seine abweichende Meinung teilten. Dass, anders als bei früheren Reitschule-Urnengängen, die bürgerliche Front jetzt bröckelt, streitet auch Simon Glauser (svp) ab: «Die FDP-Basis wird der Initiative zustimmen.» (swe)

KURZ

GB sagt Nein zur Reitschul-Initiative

STADT BERN Das Grüne Bündnis (GB) empfiehlt den Stimmberechtigten für den 27. November ein «deutliches» Nein zur rechtsbürgerlichen Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule». Bei einem Ja müssten die verlangten höheren Mietkosten mit Steuergeldern oder mit massiv höheren Eintritts für die kulturellen Veranstaltungen finanziert werden. Ja sagt die Partei hingegen zum Budget 2006. (pd)

Ein filmischer Blick auf Berns Westen

STADT BERN Der Dokumentarfilm «Bümpliz – ein Tag in der urbanen Schweiz» des Berner Filmemachers Michael Spahr wird heute Abend um 21 Uhr im Kino in der Reitschule aufgeführt. Mittels fünf Porträts wirft der Film einen Blick auf das Leben in Berns Westen. (pd)

Stadtrat will mehr Lehrstellen

Der Rat überweist Vorstösse, die mehr Lehrstellen für Behinderte, Ausländer und Schulschwache fordern

In Berns Stadtverwaltung sollen mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen werden, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer haben. Das Stadtparlament hat gestern Abend drei Vorstösse überwiesen, die auch Quotenregelungen beinhalten. Mit 48 zu 22 Stimmen stimmte er einer Motion von Béatrice Stucki (sp) zu, die in jeder Direktion mindestens eine feste Lehr- oder Praktikumsstelle für behinderte Jugendliche fordert. Eine deutliche Mehrheit stellte sich auch hinter eine interfraktionelle Motion (SP/Juso und GB/JA/GPB), die eine bestimmte Quote für schulschwache Jugendliche zum Ziel hat.

Schliesslich überwies das Parlament ein Postulat von Hasim Sancar (gb), das verlangt, dass mindestens 20 Prozent der Ausbildungsplätze für nicht eingebürgerte Ausländer reserviert werden.

Benachteiligte Jugendliche dürften nicht nur in geschützten Werkstätten beschäftigt werden. Die Bereitstellung von Lehrstellen für diese jungen Menschen auch in der «normalen» Wirtschaft entlaste die Sozialwerke und sei für die ganze Gesellschaft eine Win-Win-Situation, begründeten die Antragsteller aus dem links-grünen Lager ihre Vorstösse. Die Arbeitgeber hätten leider die Tendenz, Jugendliche mit Benachteiligungen ir-

gendeiner Art abzuschieben. Letztere bedürften indes der besonderen Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben, sagte Corinne Mathieu (sp).

Bürgerliche Bedenken

Daniel Kast (cvp) erklärte, Quoten seien das falsche Mittel, um die an sich erstrebenswerten Forderungen zu erfüllen. Die Entlastung für die Allgemeinheit sei nur dann gegeben, wenn die Jugendlichen nach der Lehre auch eine Stelle fänden und ihren Lebensunterhalt selber bestreiten könnten, fügte Thomas Balmer (fdp) an. Peter Bernasconi (svp) vertrat die Meinung, die Stadt Bern lasse schon

heute ein gesundes Mass an Rücksicht bei der Anstellung von Benachteiligten erkennen. Eine «Nivellierung nach unten» der Anforderungen schade letztlich allen.

Im Namen des Gemeinderates erklärte sich Finanzdirektor Kurt Wasserfallen bereit, sämtliche Anliegen zu prüfen, dies im Rahmen der Arbeiten zur Schaffung eines umfassenden städtischen Lehrstellenkonzeptes. Verbindliche starre Quoten lehne die Stadtregierung jedoch ab, da «die geliebte Praxis Flexibilität verlangte».

Der Gemeinderat wird den Entwurf des Lehrstellenkonzeptes laut Wasserfallen voraussichtlich im Sommer 2006 behandeln. (ruk)

Fröhlicher Umgang mit dem Wasserspiel

BUNDESPLATZ Nun herrscht auf dem Bundesplatz Winterpause, das Wasserspiel bleibt bis Frühling 2006 ausser Betrieb. Der politische Betrieb rund um den Nabel der Eidgenossenschaft indes geht weiter: Die Stadtberner SVP, kritische Beobachterin jedwelchen Geschehens auf und um den Platz, hat das «Sauf- und Kiffergelage Jugendlichen», den Missbrauch der Fontänen durch «gewisse Personen für Ganzkörperpflege» zum Politthema gemacht. Stadtrat Simon Glauser verlangte vom Gemeinderat eine Stellungnahme zu der «neuen

FKK-Badeanstalt» und forderte gar «spezielle Ordnungshüter».

Berns Gemeinderat weiss, so seine gestern vorgelegte Antwort, nichts von «generellen Missständen». Am «unbeschwerten, fröhlichen Umgang mit dem Wasserspiel – gerade von Kindern – und am Geniessen der zeitweise fast mediterranen Atmosphäre» hat er nichts zu mäkeln. Zusätzliche Ordnungshüter seien unnötig. Das Spiel der Kinder sei «Ausdruck von Lebensfreude». Die Badehosenkinder-Demos bleiben somit unpolitisch und bewilligungsfrei. (dv)

REKLAME